

Grüne Politik erfolgreich – BASF packt ein

geschrieben von Admin | 24. Mai 2024

Deindustrialisierung Deutschlands nimmt Fahrt auf

In Ludwigshafen will der Chemiekonzern BASF wesentliche Betriebsteile und Werke schließen. Bestehende Anlagen sollen abgebaut und verlagert werden. In Deutschland soll es keine Neuinvestitionen mehr geben. Die Grünen können sich rühmen, langsam das Ziel ihrer Politik erreicht zu haben.

von Holger Douglas

Nicht viele haben offenbar jenen Knall gehört, der aus Ludwigshafen von der BASF kam. Der größte deutsche Chemiekonzern macht langsam, aber sicher dicht in Deutschland. Der Chemie-Riese BASF hat jetzt mit International Process Plants (IPP) einen Vertrag geschlossen, um die Ammoniak-, Methanol- und Melaminanlagen in Ludwigshafen zu verkaufen, Kernstücke der chemischen Grundstoffproduktion. International Process Plants ist ein Anbieter, der verfahrenstechnische Anlagen und Ausrüstungen erwirbt und veräußert. Er soll jetzt die Produktionsanlagen für Ammoniak, Methanol und Melamin vermarkten, also ein Käuferunternehmen finden.

Die Anlagen sollen also nicht nur verkauft, sondern auch aus Ludwigshafen komplett abgezogen und an anderer Stelle im Ausland wieder aufgebaut werden. Es handelt sich dabei um hochmoderne Anlagen mit einem hohen Grad an Energie- und Rohstoffeffizienz.

„Wir freuen uns, diese Weltklasse-Anlagen in unser Portfolio aufzunehmen“, erklärt denn auch hochgestimmt Ronald Gale, Präsident von IPP. „Sie bieten signifikante Chancen für Firmen, die bestehende Produktionskapazitäten mit hocheffizienten Anlagen ausbauen möchten.“

Die neuen Standorte sollen dafür sorgen, dass die Anlagen entweder im Rahmen von umweltfreundlichen Ammoniak- oder Methanolprojekten oder an Orten mit kosteneffektiver sowie ausreichender Gasversorgung weiterhin produktiv genutzt werden können.

Grund dafür sind die im Februar 2023 angekündigten strukturellen Maßnahmen des Chemiekonzerns. „Die Situation ist ernst!“ Sagte der bisherige Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller immer wieder. „Daher schließen wir keine Maßnahmen aus.“ So zuletzt bei der Bilanzpressekonferenz am 25. April: „Bis Ende 2026 wollen wir die Kosten um eine weitere Milliarde Euro senken.“ Die Zahlen der BASF am Standort Ludwigshafen sind eindeutig: 21 Prozent Umsatzrückgang von 87 auf 69

Milliarden Euro.

Konsequenz: Weg mit den Industrieanlagen. Genau das passiert jetzt. In Ludwigshafen will der Chemiekonzern BASF wesentliche Betriebsteile und Werke schließen. Bestehende Anlagen sollen abgebaut und verlagert werden. In Deutschland soll es keine Neuinvestitionen mehr geben.

BASF will große Betriebsteile in Ludwigshafen schließen

Bereits mehrfach in den vergangenen Monaten hatte BASF seinen Rückzug aus Deutschland angekündigt und erklärt, Investitionen nicht mehr in Deutschland vornehmen zu wollen – niemand aus der Politik nahm das ernst und reagierte. Für das Unternehmen ist es ein profitabler Vorgang. Für den Standort Deutschland je nach Sichtweise eine Katastrophe – oder Erfolg: Jetzt wird die Abwicklung des Industriestandorts Deutschland spürbar, wie ihn viele Politiker der Grünen und SPD verfolgen.

Schon seit längerem spart die BASF und baut Arbeitsplätze ab – in Ludwigshafen. Gleichzeitig investiert das Unternehmen allein 10 Milliarden Euro in den Bau eines neuen riesigen Werkes im Süden von China für chemische Grundstoffe.

Zu hohe Energiekosten, zu viel Bürokratie und Überregulierung hierzulande seien mitverantwortlich dafür, dass der Standort Deutschland immer unattraktiver werde, so Brudermüller auf der letzten Hauptversammlung im April. Die Investitionen in Länder wie China seien wichtig, um Marktchancen zu steigern und im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Er hatte sich zuletzt mehrfach kritisch über die Politik der Ampel geäußert. BASF arbeite überall profitabel – nur in Deutschland wegen hoher Energiekosten und Überbürokratisierung nicht.

Nach außen hin unbekannt ist, wie hart der Realitätsschock Brudermüller getroffen hat. Er saß früher als „Lieblingsmanager“ der Grünen sogar in deren wirtschaftspolitischen Beirat und hörte sich geduldig die Worte zum Beispiel der Grünen Kerstin Andreae an, die ihn als „Vorbild für andere Manager“ bezeichnete. Bis zuletzt beharrte er darauf, jenen Green Deal umzusetzen, bemängelte allerdings, dass die Vorgaben für die chemische Industrie 14.000 Seiten umfassen. Er bezeichnete die grüne Transformation nicht als größtmöglichen Unsinn und als Hindernis, sondern als Wachstumschance. Gut, BASF produziert jene Schaumstoffe, die tonnenweise an Häuserwände gepappt werden und die Brandlast erhöhen.

Er hoffte vermutlich, dass man in grünen Kreisen auf ihn hört. Ein fundamentaler Irrtum; die grünen Jakobiner treiben alle vor sich her. Was Brudermüller zu seinem grünen Schmusekurs getrieben hat, ist unklar. Als studierter Chemiker muss er gewusst haben, zu welchen Konsequenzen leere Modeworte wie „nachhaltig“, „klimaneutral“ und dergleichen letztlich führen.

Den Gewerkschaftsvertretern fällt nichts anderes ein, als auf die Sicherheit der Arbeitsplätze zu pochen. „Statt einem Sparprogramm nach

dem nächsten braucht es Zukunftsinvestitionen und eine klare, nach vorne gerichtete Perspektive ... Es ist mir schleierhaft, wie der Konzern eine stabile Wachstumsumgebung generieren will“, so Gunter Kollmuß, Bezirksleiter der IGBCE Ludwigshafen, nach der Bilanzpressekonferenz. Bei seinen mit „nachhaltig“ und „klimaneutral“ gespickten Sprüchen fällt ihm nicht auf, dass es gerade diese Ideologie ist, die dem Standort Deutschland den Garaus macht. Wie Habeck sagen würde: BASF produziert weiter, nur nicht mehr in Deutschland.

Regulierung, Wut und hohe Energiekosten hat Brudermüller als Grund für die desolate Lage in Ludwigshafen genannt. Es kommt ein weiterer entscheidender Faktor hinzu.

Neben den hohen Energiepreisen kommt erschwerend hinzu, dass Erdgas knapp und teuer geworden ist, seitdem es nicht mehr in großen Mengen und preiswert aus Sibirien kommt. Der Ausstieg aus den Erdgaslieferungen aus Russland bricht dem BASF-Standort Ludwigshafen das Genick. Denn Erdgas dient nicht mehr nur als Wärmeenergie, sondern hat zu wesentlichen Teilen Erdöl als Rohstoff verdrängt.

Erdgas besteht hauptsächlich aus kurzen Kohlenwasserstoffketten wie Methan und Ethan mit einem geringen Anteil an Kohlenstoffatomen. Anders Erdöl: Dies ist ein Gebräu aus vielen unterschiedlich langen Kohlenwasserstoffketten. Aus den Bestandteilen des Erdgases dagegen lassen sich im großen Legokasten der Chemie elegante neue Moleküle zusammensetzen.

Umso fataler, wenn mit dem Stopp der Erdgaslieferungen nicht nur die Energiequelle, sondern auch Rohstofflieferungen eingebrochen sind. Teure LNG-Flüssigerdgasimporte sollen in großen Mengen bedenkenlos in Gaskraftwerken für die Erzeugung von Strom verfeuert werden, weil ja Kern- und Kohlekraftwerke abgewürgt werden.

Dabei müsste Erdgasknappheit nicht sein: Allein Deutschland verfügt noch über solch hohe Mengen an Erdgas, dass noch auf viele Jahrzehnte die Versorgung des Landes damit gesichert wäre. Doch die im Untergrund vor allem Norddeutschlands lagernden erheblichen Mengen sind igit und dürfen nicht angetastet werden. Grüne Ideologie eben.

Den Knall haben noch nicht viele wahrgenommen, weder die derzeit herrschende SPD in Rheinland-Pfalz noch in Berlin. Dabei ist der folgenschwerer als jener vor 100 Jahren in Oppau im Norden von Ludwigshafen. Am 21. September 1921 explodierte ein mit Dünger gefüllter Silo, riss einen knapp 20 Meter tiefen Krater, und machte die weitere Umgebung dem Erdboden gleich. Die Druckwelle deckte noch im 25 Kilometer entfernten Heidelberg Häuser ab, schlug Scheiben ein und hob sogar eine Straßenbahn aus den Schienen. Der Knall war noch bis Zürich und München zu hören.

Die Grünen können sich rühmen, langsam das Ziel ihrer Politik erreicht zu haben. Der derzeitige Klima-Minister Robert Habeck auf dem grünen

Parteitag 2022 in Bonn: „Wir lehnen Nordstream ab. Wir nehmen die Erderwärmung ernst und wollen aussteigen aus den fossilen Energien und zerstören damit fossile Geschäftsmodelle.“

BASF packt ein. Die Herzkammer der deutschen Chemieindustrie hört auf zu schlagen.

Ob das tatsächlich folgenlos im Wahlverhalten der Bürger für die Verursacher dieser wirtschaftlichen Vernichtung bleiben wird, wenn sich das einmal herumgesprochen hat?

BASF erklärt dazu:

„BASF wird weiter in Erhalt, Modernisierung und Ausbau des Standorts Ludwigshafen investieren – in den nächsten Jahren etwa 2 Mrd. Euro jährlich. Beispiele für Investitionen sind die Erweiterung des Vitamin-A-Verbunds und der Ausbau der Citral-Wert-schöpfungskette mit zwei neuen Anlagen. Zudem investieren wir kontinuierlich in die grüne Transformation des Standorts Ludwigshafen und entwickeln ihn zum führenden emissionsarmen Chemiestandort in und für Europa. Wie im Februar 2023 angekündigt, sind durch die Anpassung der Verbundstrukturen am Standort Ludwigshafen rund 700 Stellen in der Produktion betroffen. Aufgrund vieler offener Stellen in diesem Berufsfeld bei der BASF SE und der demografischen Entwicklung gehen wir davon aus, dass wir den Großteil der betroffenen Mitarbeiter auf andere Stellen in Produktion und Technik vermitteln können. Für diejenigen, deren Arbeitsplätze bereits im Jahr 2023 entfallen sind, bestätigt sich diese Einschätzung, und wir konnten der überwiegenden Zahl der Betroffenen bereits eine neue Perspektive bieten.“

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Kernenergie könnte ein Geschenk des Himmels für Bidens grüne Agenda sein. Hier die Probleme

geschrieben von Andreas Demmig | 24. Mai 2024

NICK POPE Mitwirkender, 12. Mai 2024, Daily Caller News Foundation, Kernenergie ist in großem Maßstab effektiv und verursacht keine Emissionen, aber die Technologie ist möglicherweise nicht dazu geeignet, eine führende Rolle in der grünen Agenda von Präsident Joe Biden zu

spielen.

Es gibt keinen „Klima-Notstand“ – aber eine Politik der De-Industrialisierung und Verarmung

geschrieben von Admin | 24. Mai 2024

Von Michael Limburg

Die gesamte westliche Welt ist – mit zunehmender Tendenz – von der Ideologie des „menschengemachten Klimawandels“ geprägt, den es zu bekämpfen gelte. Dabei wird sich auf „die Wissenschaft“ berufen, die das so festgestellt hätte. „Folgt der Wissenschaft“, lautet der Ruf. Und die Bekämpfung dieses „menschengemachten Klimawandels“, der anderenfalls die gesamte Menschheit, ja den ganzen Planeten in den Abgrund treiben würde, könnte allein durch Verzicht erreicht werden: Auf fossile Energie und auf Fleisch (wegen der „pupsenden Kühe“ u. a.). Dies, weil – so die Kunde – menschengemachtes CO₂, Methan und andere sogenannte Treibhausgase dieses Phänomen antrieben. Nach Mitteilung des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) – von den Deutschen sogar zum „Weltklimarat“ emporgehjubelt – wird sogar behauptet, daß der Klimawandel fast ausschließlich dem Menschen zuzuordnen sei. Diese Ideologie, die als „Klimawissenschaft“ daherkommt, umfasst inzwischen alle Bereiche der Politik – und die damit verbundenen Gesetze, Verordnungen und sonstige Pflichten. Ausgehend von der EU und entsprechenden Landesgesetzen berührt das inzwischen jeden. Das „GEG“, oder wie es im formalen Entwurf heißt, dass „Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung“ ist nur ein weiterer Ausdruck für umfassenden Verzicht, Mangel und sonstige Verhaltensnormen, die uns noch bevorstehen. Und inzwischen wissen wir alle, was dort auf uns zukommt. Es ist genau das, was der Wissenschaftsjournalist Nigel Calder 1998 – damals als Herausgeber des berühmten internationalen Periodikums „New Scientist“ – einem befreundeten Kollegen anvertraute: „Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO₂-Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.“ Und so ist es.

Doch stimmen die Grundlagen? Stimmen die Forschungsergebnisse? Stimmt die Theorie, dass die Erde einem „unaufhaltsamen Hitzetod“ entgegen taumele, falls wir nicht sofort und unter allen Umständen der

menschengemachten CO₂-Emission (und weiterer „Treibhausgase“, die im Folgenden alle unter CO₂ zusammengefasst werden) soweit wie möglich ein Ende machten? Die EU will „den Kontinent“ bis 2050 „klimaneutral“ machen – wohl wissend, dass von den 47 Ländern, die Europa bilden, nur 27 in der EU sind. Deutschland „will“ das Ziel für sich selbst sogar schon bis 2045 erreichen.

Um es kurz zu sagen: Die Theorien stimmen nicht. Alle Vorhersagen beruhen auf Modellen, die am Rechner erzeugt werden, und die nur ein Ziel haben: Immer und in jedem Fall „zu heiß“ zu laufen. Sie negieren, dass es frühere Zeiten gab, an denen es mindestens so warm war wie heute, vermutlich noch viel wärmer. Oder wie will man erklären, dass Hannibal mit seinen Elefanten die Alpen überquerte, oder dass Grönland deswegen „Grönland“ heißt, weil es an den Küsten einst grün war?! Es war so grün, dass die Wikinger dort etwa 300 Jahre lang Ackerbau und Viehzucht betrieben, was erst dann zu Ende ging, als die Kleine Eiszeit die Welt in ein sehr schlimmes Zeitalter der Unterernährung und Krankheiten trieb.

Wir wissen nicht, welche Fakten das Klima beeinflussen. Die Wahrheit ist: Es hat viele Ursachen! Und das wenige, was wir ganz grob wissen, lassen wir in Modelle fließen, die – unter Beseitigung aller Fakten, die dagegen sprechen; auch dank der Medien – von uns für bare Münze genommen werden. Auch die Erhaltungssätze, Grundlage jeglicher Naturgesetze, werden von den Modellen nicht beachtet. Sie können auch gar nicht eingehalten werden, weil es gar nicht geht: Die Verästelungen im Klimageschehen sind unbekannt. Der Braunschweiger Physik-Professor Gerhard Gerlich und sein Berufskollege Ralf Tscheuschner schrieben schon vor Jahren: „Das heißt, dass Erhaltungssätze (Kontinuitätsgleichungen, Bilanzgleichungen, Budgetgleichungen) nicht für Intensitäten niedergeschrieben werden können! Unglücklicherweise wird genau dies in den meisten klimatologischen Arbeiten getan. Dies ist der Kardinalfehler der Globalklimatologie.“ Denkt man darüber etwas detaillierter nach, stellt man fest, dass der „Treibhauseffekt“ für diese Beweisführung völlig ungeeignet ist, denn in der Form, wie er vom „IPCC“ beschrieben ist, existiert er einfach nicht. Man kann ihn weder messen noch sonst wie beobachten, er ist nur ein völlig aus der Luft gegriffener Effekt. Warum ist das so?

Der hier vorgestellte Effekt hat als Hauptparameter eine merkwürdige Mitteltemperatur der Atmosphäre. Nur hat diese den Nachteil, dass man sie nicht messen kann. Die Atmosphäre hat, egal wo man misst, eine Temperatur, die von der äußeren Umgebung und vom Inhalt der Stelle, wo man misst, abhängt. Und sie ist zudem auch noch eine „intensive“ Größe. Das Lexikon der Chemie definiert eine solche Zustandsgröße (hier also die Temperatur einer Messstelle) so: „Intensive Zustandsgrößen sind von der Größe des Systems (bspw. von der Stoffmenge) unabhängig, also beispielsweise Druck und Temperatur“. Oder anders ausgedrückt. Zwei gleich große Kaffeetassen bei gleicher Temperatur mit gleicher Menge an Kaffee gefüllt, haben beim Zusammengießen immer die doppelte Menge

(Menge ist daher eine extensive Größe) aber immer dieselbe Temperatur. Und niemand kann daraus – physikalisch wirksam – eine Mitteltemperatur bilden. Auch bei Vereinfachungsgründen, bei denen man leichter rechnen kann, verbietet sich das hier. Denn eine Welt, auf der die eine Hälfte immer im Winter ist, während die andere Hälfte immer Sommer hat, ist eine Mitteltemperatur immer ein Unding. Und noch schlimmer wird, wenn man weiß, dass die Unterschiede zwischen den Temperaturen von der Arktis bis zu den Tropen, in Spitzen, bis zu 160 °C reichen, bei Mitteltemperaturen zwischen den Klimazonen, die man aus Vereinfachungsgründen durchaus rechnen kann, liegt der Unterschied immer noch bei 65 °C. Und weil Temperatur eben eine intensive Größe ist, würde eine Mitteltemperatur außerdem bedeuten, dass die an einer Stelle gemessene Temperatur von einer anderen Stelle abhängt. Etwas, was die Temperatur eben nicht kann. Jedenfalls nicht von sich aus, denn um das zu tun müsste der Wind oder andere materielle Transporte die Temperatur an anderer Stelle beeinflussen. Das natürlich geht sehr wohl, doch es dauert Zeit und ist mit Materietransport verbunden.

Und die dann noch dieselbe auf 1/10 Grad zu berechnen, wenn die Ausgangstemperaturen bestenfalls im vorigen Jahrhundert auf ± 2 °C bekannt ist, macht das Ganze auch nicht besser.

Ebenso wenig ist die Argumentation zu verstehen, dass es sich bei dieser „Mitteltemperatur“ um eine von den Treibhausgasen erzeugte Temperatur handelt. Denn wie wir inzwischen „wissen“, würde die „Temperatur“ der Atmosphäre der Erde noch „unsere“ 15 °C (inzwischen -ohne die Angabe von Gründen- auf 14 °C gesenkt) haben. Weil, so deren Rechnung, die Treibhausgase den „vereisten“ Planeten von -18 °C auf + 15 °C anheben würden. Das sei der „natürliche“ Treibhauseffekt von rd. 33 °C. Und die vom Menschen gemachten, mit fossilen Brennstoffen erzeugte Zusatzmenge durch das CO₂, wäre der „menschgemachte“ Treibhauseffekt.

Das kann man zwar so rechnen, aber dadurch wird es nicht richtiger. Denn wir haben keinen Planeten ohne Atmosphäre, und können daher nicht wissen, ob diese dort bei - 18 °C liegen würde. Was wir aber haben ist der Mond, ohne jede Atmosphäre, und dort müsste man nach den Strahlungsgesetzen, die auch bei der Erde angesetzt werden, eine „Mitteltemperatur“ von ca. 270 K oder rd. - 3 °C finden. (Auch hier ist das ein rein rechnerischer Vorgang, den messen kann man sie auch dort nicht). Das ist aber keineswegs der Fall, sondern man hat dort eine „Mitteltemperatur“ von ca. 190 K oder -83 °C bis 200 K oder -73 °C. (Siehe auch die Analysen unter anderem von Kramm, Dlugi und Zelger (2009) oder etwa Nikolov und Zeller (2012)). Das ist eine Abweichung von der mit den Strahlungsgesetzen berechneten „Temperatur“ von über -75 °C, die aber nicht von einer Messungenauigkeit herrühren kann. Das sind offensichtlich andere Mechanismen am Werk. bspw. die von niemanden geleugnete Tatsache, dass sowohl der Mond wie auch die Erde, immer nur von einer Seite aus angestrahlt werden. Die „Temperaturgenese“ findet also immer nur auf der Tagseite statt. Und das hat u.a. diese Abweichung zur Folge.

Nun, was gibt es denn wirklich? Es gibt, im Mittel jedenfalls, eine geringe Erwärmung, und die, weil es das Mittel einer im Grunde „unmittelbaren“ Temperatur von allen bekannten Temperaturmesstellen ist, sowohl viele Gebiete der Erde umfasst hat, von denen einige kühler, andere wärmer wurden. Und warum wird die Temperatur gemittelt, obwohl sie als intensive Größe, wie man in Physik sagt, nicht sinnvoll gemittelt werden kann, weil man dann ein extrem vereinfachtes Mittel hat, dass für einige Berechnungen in der Physik vielleicht hilfreich sein können. Und, weil man glaubt, dass auf diese Weise die gesamte Klimawelt sich auf wenige Begriffe reduzieren lasse. Was, wie wir gesehen haben, ein Irrweg ist.

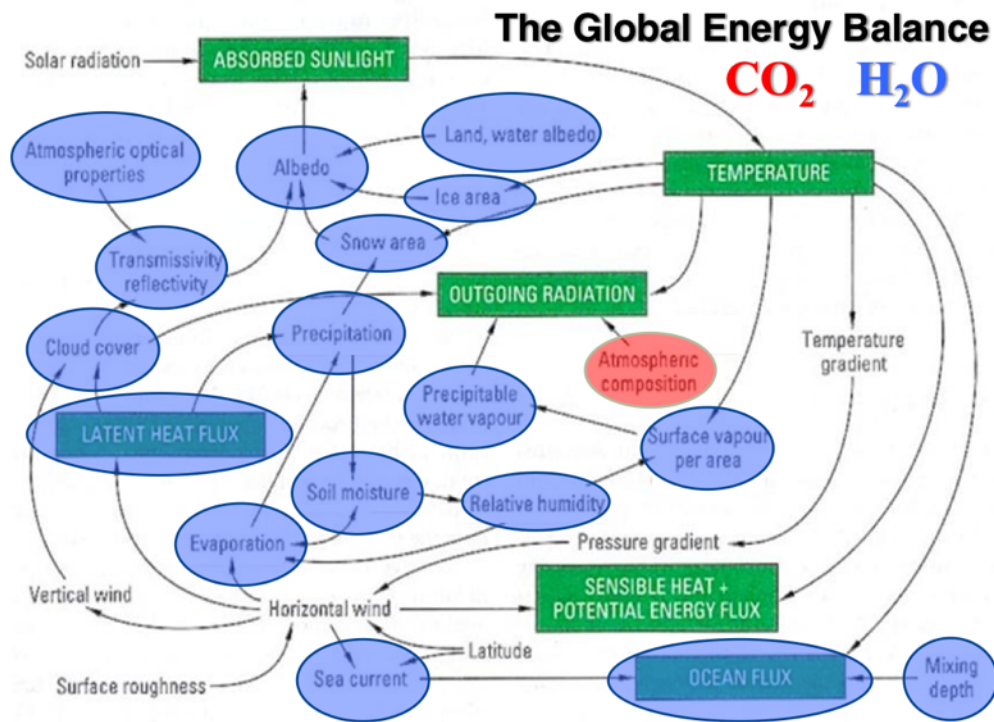
Doch ein naheliegender Aspekt ist trotzdem, dass ohne diese geringe Erwärmung würden wir immer noch in der Kälte der kleinen Eiszeit verharren. Das ist alles.

Doch obwohl das so ist, haben inzwischen der Bund ebenso wie alle Bundesländer zur Bekämpfung eines „Klimanotstandes“ verpflichtet. So hatte sich bspw. Berlin einen „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, bis 2026“ gegeben, dessen vielfache Behauptungen warum dies nötig sei, einer objektiven wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten. Dies gilt sowohl für die gelegentliche unzulässige Vermengung vermeintlicher globaler Befunde, die im Wesentlichen aus der im Mai 21 vom Berliner Senat vorgelegten Studie „Berlin Paris konform machen“ stammen und die häufig aus den IPCC Reports übernommen wurden, mit lokalen Gegebenheiten in und für Berlin, als auch für das entschlossene Ausblenden gegenteiliger Befunde, die den beschriebenen Entwicklungen widersprechen. Damit werden unwahrscheinliche, bzw. z.T. sogar falsche Voraussetzungen genannt, auf deren Basis das zugrunde liegende Gesetz sehr teure „Klimaschutzmaßnahmen“ legitimieren und in Gang setzen soll. Dass das nicht funktionieren kann, liegt eigentlich auf der Hand. In einer Senatsanhörung, auf der ich als Sachverständiger eingeladen war, und zu diesem rd. 10 Milliarden kostenden Maßnahmen Stellung nehmen sollte, wurde diese von mir mit unbestreitbaren Fakten vorgetragen. Mit der einzigen Feststellung zu meinen diesbezüglichen Ausführungen zur Berliner Klimaschutzmaßnahmen war dann das Statement der plagiatsverdächtigen Umweltsenatorin Dr. (inzwischen wegen bestätigten Plagiatsvorwürfen zurück getretene) Manja Schreiner. „Zu den Einlassungen des anzuhörenden Limburg[1] möchte ich stellvertretend für den gesamten Senat betonen, an dieser Stelle, dass wir dezidiert bei jeder Ihrer Ausführungen andere Auffassungen sind.“

Ähnliches gilt für alle anderen Bundesländer, wie für den Bund und die EU, die sich in einem Klimarettungsrausch, namentlich Green Deal genannt, befinden, wobei die Politiker es sich nicht nehmen lassen, das ihnen anvertraute Geld der Steuerzahler zusätzlich zu Schulden, die die nächsten und übernächsten Generationen noch zu bezahlen haben, mit vollen Händen aus dem Fenster werfen. Und dabei der vollen Unterstützung durch Medien und grünen NGO's – überwiegend von Staatsgeld oder ominösen Klimarettungsoligarchen bezahlt- aber auch vieler Teile der Gesellschaft, die sicher sind und in sich den Drang zur Weltenrettung

verspüren.

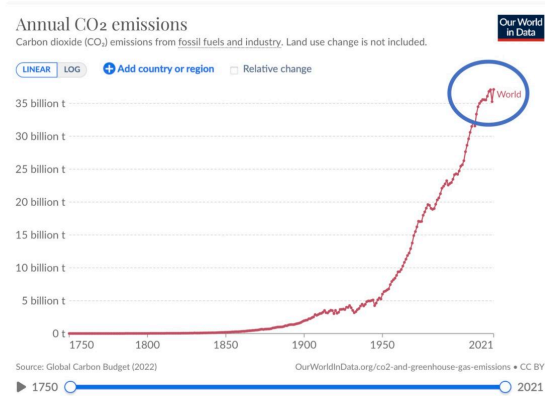
Nun wird das aber großer Teile der Gesellschaft inzwischen zu teuer, erst langsam, dann immer schneller. Der gegenwärtige Streik von Bauern, Spediteuren und Handwerkern, der sich inzwischen in fast allen EU-Ländern ausbreitet, ist nur der Anfang. Mit jeder Anziehung der Schraube wird er immer stärker. Doch die Politik in diesem Land tut so, als ob das alles Rechte, oder Rechtsextreme seien, und zieht mit Demos für die Regierung gegen das abkassierte Volk zu Felde. Sie werden zwar von vielen unterstützt, insbesondere denjenigen die unter der „Weltenrettung“ ein gutes Auskommen haben, von Staat oder NGO's, oder aber nicht erkennen, dass sie die Kälber sind, die zur Schlachtbank getrieben werden. Auf Grund dessen ist es nun aber immer mal wieder Zeit daran zu erinnern, dass Klima – anders als Wetter – ein statistisches Konstrukt ist, ein mathematisches Gebilde von Menschen erdacht, dass nur dazu bestimmt ist bestimmte „Klimazonen“ zu erfassen und voneinander abzugrenzen. Wetter – das wir für ständig fühlen, sehen und auch hören können ist hingegen erlebbare Physik, Klima hingegen ist die Mathematik der Statistik. Und Statistik zeigt nur auf, aber belegt selbst nichts. Und das besonders perfide an dieser Hypothese ist die Behauptung, dass so gut wie allein, das menschengemachte CO₂ an dieser „katastrophalen“ Entwicklung schuld sein solle. Das menschengemachte CO₂ würde sich über die Jahrzehnte in der Atmosphäre aufbauen, ist da zu lesen – von rd. 0,028 Vol% (das ist der Volumenanteil des CO₂ im Verhältnis zum gesamten Volumen) so die Mär, auf jetzt 0,042 Vol %. Und dass wäre eine Katastrophe wegen der vermuteten Erwärmungswirkung dieser winzigen Menge, und deswegen müssten die ganze Welt auf das Verbrennen fossiler Brennstoffe verzichten. Das schreibe die Pariser Klimaübereinkunft vor, die inzwischen in der EU, wie auch Deutschland, Staatsräson ist. Nun ist es aber leider so, dass wir alle von der Sonne abhängen. Die Sonnenenergie ist es, die alles, was auf der Welt lebt mit Energie versorgt. Und dass Klima, wie weiter oben kurz beschrieben, dieser statistische Mittelwert aus Wetterdaten, also das, was die globale Energiebilanz beeinflusst, von der Sonne insgesamt als Energiequelle, aber untereinander von vielen Einflussgrößen abhängt, die wiederum eng miteinander gekoppelt sind, voneinander abhängen, und sich wechselseitig beeinflussen (Siehe Grafik).



PIK Forscher Stefan Rahmstorf am 3.2.2007 (Die Welt): Wir Klimaforscher können nur nach dem Wenn-dann-Prinzip sagen: Wenn so und so viel CO₂ ausgestoßen wird (THE), dann wird das Klima sich so und so stark erwärmen (T)."

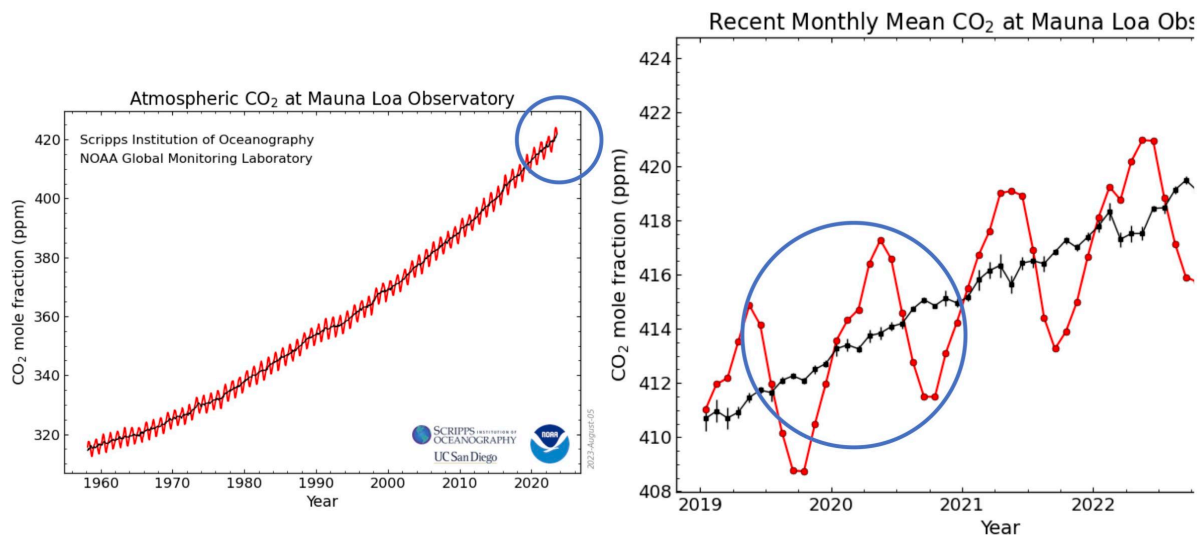
Abbildung 1: Global Energy Bilanz und deren Einflussgrößen

Die Einflussgröße des CO₂ ist hingegen sehr verborgen über den Bereich der „atmospheric composition“ bei der viele andere Einflussgrößen auch zusammengefasst sind, in aller erster Linie der Wasserdampf, oder schlichtweg das Wasser. Wie auch bei den anderen spielt es hier eine herausragende Rolle. Es ist nun überaus hirnrissig anzunehmen, dass das CO₂ – und daraus nur das menschengemachte CO₂, also weniger als 1,2 bis max 5 Vol %^[2] des gesamten CO₂- wenn überhaupt- einen Einfluss auf das Klima hätten. Und doch ist es das, was linke Kräfte der Mehrheit im Westen einflüstern konnten. Das bedeutet, dass das chemisch fast inerte, also sehr reaktionsträge Gas, von sich aus einen Einfluss hätte (und des noch geringeren Methan), während die 99,95 % der anderen Gase diesen Einfluss nicht hätten.



Emissions CO₂ bis 2023

Abbildung 2: Weltweite CO₂ aquivalent (Quelle Our World in Data) mit Einbruch, dank der Lockdowns von 2021



Keine Spur von Absenkung!

Mauna Loa Concentrations

Abbildung 3. Verlauf der CO₂ Emissionen am Mauna Loa (Quelle: Mauna Loa Observatory) mit Herausvergrößerung der Zeit um 2019-2022

Und wie es der Zufall will, hatten wir vor drei Jahren einen unschlagbaren Beweis für die Stichhaltigkeit dieser Ansicht geliefert. Denn im Jahre 2021 schlug der von den Regierungen verhängte „Lockdown“ zu. Die Weltwirtschaft war in einer künstlich gemachten, aber sehr schweren Rezession. Die Folge war auch ein drastischer Rückgang der CO₂ Emission (Siehe Grafik). Sie ging zurück um 1,8 bis 2,4 Gigatonnen (so ungenau sind die Messungen) zurück. Im Anstieg der CO₂ – Emissionen ist dieser Rückgang deutlich zu sehen. Dieser Rückgang ist umgerechnet mehr als das, was Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien in einem Jahr ausstoßen. Es war damit ein Rückgang, der das wirtschaftliche Leben dank CO₂, in diesen Ländern defacto, aktuell nur rein rechnerisch, zum Erliegen brachte. Komplett.

Und was passierte dann?

Schließlich sind es ja nicht die CO₂ – Emissionen selber, die lt. CO₂ Hypothese die Temperatur zum Glühen bringen, sondern allein die daraus gespeiste CO₂-Konzentration derselben. Und was zeigt die? Nichts (Siehe Grafik)! Rein gar nichts. Sie stieg mit rd. 2 ppm (Part per Million) pro Jahr weiter an. Und die gerippten Ränder an der Anstiegskurve zeigen, welche die CO₂ Beeinflussung durch den Pflanzenwuchs zeigen, Und sie zeigt ferner, dass die Vergrünung der Pflanzen im Sommer ihren

sofortigen Niederschlag in eben dieser Kurve finden. Also mehr grün, weniger CO₂ und umgekehrt. Daher ist das Ganze eine reale Momentaufnahme des CO₂ Zustandes. Das bedeutet und das ohne jede Einschränkung, dass bspw. der rechnerische wirtschaftliche Niedergang von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien nichts, aber auch gar nichts, zur Änderung der CO₂ Konzentration beitragen werden. Daher erhebt sich die Frage, welchen anderen Zweck diese Politik inzwischen gilt. Denn das Klima zu beeinflussen ist es nicht. Es gibt noch einen weiteren Hinweis, der ebenfalls als Test zu dieser Theorie führte. Neben dem CO₂ ist auch das Methan eines der Treibhausgase, also einem der vermuteten Übeltäter auf die Temperatur. Und die Klimaschützer machen daher gegen das Methan mobil. Und das, obwohl das Methan um rund das 220 fache von der Menge des CO₂ in der Atmosphäre geringer ist. Aber so sagen es die die Treibhausjünger, soll seine Treibhauswirkung auf die Einheit bezogen, ja um das 25 fache (manche Autoren meinen es sei sogar das 50 fache) größer sein als die vom CO₂. Was bedeutet, dass gerade mal gut 1/10 davon in der Atmosphäre vorhanden, wie die vermutete Klimawirkung des CO₂. Deshalb misst man das Methan auch in einer anderen Maßeinheit. So erreichten sie aktuell rd. 1.900 ppb – also das sind 1.900 Vol. Teile auf 1 Milliarde Teilchen, gegenüber von CO₂, dass „nur“ auf 420 ppm gemessen wurden, was 420 Teile pro 1 Million bedeutet. Nun soll also die extrem geringe Menge an Methan, neben dem CO₂, auch das Klima beeinflussen. Und man beschließt daher -auch auf Druck der tonangebenden Klimaforscher – dass es nun eine ganze Menge davon gibt. Und das nicht nur in der Atmosphäre, sondern auch in den Pipelines. Denn das Methan ist der Hauptbestandteil des Erdgases. Erdgas ist also so klimaschädlich wie Braun- oder Steinkohle. Und dann flogen drei dieser Pipelines am 25.9.22 in die Luft. Geschehen in der Ostsee, und die Übeltäter sind bislang unbekannt EIKE Autoren Kämpfe, Kowatsch und Baritz schreiben dazu:

„Der Großversuch war der Anschlag auf Nordstream I und II in der Nacht vom 25/26. September 2022 mit tagelanger Erdgasfreisetzung, das hauptsächlich aus dem Kohlenwasserstoff Methan mit der chemischen Formel CH₄ besteht. Methan soll etwa 25 bis 50-mal stärker erwärmend wirken als Kohlendioxid. Es entwichen 300 – 500 Mio m³ Methan (2-Tagesverbrauch in D) was einem CO₂ Äquivalent von mindestens 7,5 Mio Tonnen entspricht (1% der jährlichen Emission in Deutschland). Quelle UBA.

Und es schürt die Furcht vor „erheblichen Klimaschäden“:

Lecks in Nord Stream 1 und 2 führen zu erheblichem Klimaschaden Sämtliches Methan in der Pipeline gelangt in Atmosphäre

Titel der UBA Meldung zum Gasaustritt aus dern NS I & II Pipelines

Das basiert daher auf der unbewiesenen Behauptung, dass Methan viele Male „klimaschädlicher“ sei als CO₂.“

Wenn also dieser Großversuch, der über viele 100 m in der Breite und einige 1000 Meter in der Höhe, diese riesenhafte Mengen von Methan in der Atmosphäre von 10 % Anteil oder gar viel mehr freisetzte, also nicht nur die extrem geringen 1.900 ppb oder 0,0019 Vol %, einen Hitzepilz über dieser Fläche auslösen müsste, so passiert stattdessen rein gar nichts. Hätten wir auch nur eine geringe Erwärmung erleben dürfen, wären die Medien voll davon. Doch es passierte nichts. Nun ist die Ostsee auch an dieser Stelle gut überwacht. Was real passierte war, dass die Temperatur etwas fiel, stärker als sonst. Nicht etwa steil nach oben, sondern nach unten. Die EIKE-Autoren schrieben dazu:

„Ein besseres und realitätsnahes mindestens eine Woche andauerndes Großexperiment zur Bestätigung des Treibhauseffektes wie die Explosion dieser Pipeline mit der großflächigen Ausbreitung von Methangas gab es bisher nicht.“

Und so ist es. Halten wir also fest. Es gibt keinen Klimanotstand, wohl aber den Versuch mit voller Absicht und unter Irreführung eines Großteils der Bevölkerung, uns in eine sozialistische Gesellschaft zu verwandeln. Mit viel Geld für viele Oligarchen, die einen Verbund eingegangen sind mit den Sozialisten dieser Länder. Oder wie es die TAZ-Autorin Ulrike Hermann – tonangebend in vielen Talkshows- immer wieder klar erkannte und deswegen auch forderte: (bspw. am 6.1.22 im Schauspielhaus Stuttgart) „Klimaschutz bedeuten den totalen Umbau. Grünes Wachstum wird es nicht geben, was wir brauchen, ist grünes Schrumpfen, d.h. raus aus dem Kapitalismus“. Sie hat nicht dazu gesagt, wer auf dem Weg dahin, noch sehr, sehr reich werden wird. Denn der Wohlstand ist ja nicht so ohne weiteres weg, den haben dann einige andere. Unter diesen Prämissen müssen wohl auch die Pläne von Habeck gesehen werden, der per Schulden versucht, die harte Bruchlandung unseres Landes nicht zu verhindern, nein das nicht, aber weniger schmerzhaft zu machen. Frei nach dem Motto von dem Frosch, der in einem Topf lauwarmen Wasser steckt, und sich dabei recht wohl fühlt, aber dann überhaupt nicht merkt, wie das Wasser langsam immer stärker erwärmt wird. Bis es dann für ihn zu spät ist. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen?

Amazon Gründer gibt Millionen aus, um die Entwicklung von Kunstfleisch zu finanzieren

geschrieben von Andreas Demmig | 24. Mai 2024

NICK POPE Mitwirkender, 13. März 2024, Daily Caller News Foundation
Die gemeinnützige Stiftung des Amazon-Gründers und Milliardärs Jeff Bezos investiert Dutzende Millionen Dollar in die Förderung von synthetischem Fleisch.

Windkraft und ihre verheerenden Folgen für Mensch und Natur

geschrieben von Admin | 24. Mai 2024

Die rücksichtslose Art und Weise, wie die Windkraft in Deutschland durchgesetzt wird, erinnert an die brutale Art und Weise, wie die „Betonfraktion“ in der Nachkriegszeit vielen deutschen Städten den Rest gab. Eine Windwahn-Bestandsaufnahme.

von Georg Etscheit

31. Januar 2020: Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich; 14. Mai 2020: Planungssicherstellungsgesetz; 5. November 2020: Investitionsbeschleunigungsgesetz; 7. Juli 2022: „Osterpaket“ mit Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes, Beschluss des „Wind-an-Land-Gesetz“; 19. Dezember 2022: EU-Notfallverordnung; 10. Februar 2023: Novelle der Verwaltungsgerichtsordnung. Seither gelten „Ökokraftwerke“ und neue Stromleitungen als Frage des nationalen Interesses, ein „Totschlags“-Konstrukt, das in der gerichtlichen Abwägung der verschiedenen Rechtsgüter kaum schwerer wiegen könnte.

Seit die Ampelregierung und mit ihr die „Grünstrom“-Lobby an die Schalthebel der Macht gekommen sind, jagt ein neues Gesetz, eine neue Verordnung und eine Novelle die andere. Schutznormen für Landschaft und Natur werden beschnitten, die einst (unter maßgeblicher Beteiligung grüner Regierungen) stark ausgeweiteten Beteiligungsmöglichkeiten von Naturschützern und Bürgern geschmälert, um den Bau von Verkehrswegen, Industriegebieten, Stromleitungen oder Windkraftanlagen unkompliziert

auch gegen Widerstände durchsetzen zu können. Über allem schwebt das berühmt-berüchtigte Klimaschutz-Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts und eine weitgehend analoge Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.

Die mannigfaltigen gesetzgeberischen Vorhaben werden flankiert von weiteren Initiativen der Europäischen Union im Rahmen des „Green New Deals“ sowie der Bundesländer. So hat Bayern beispielsweise das Landesdenkmalschutzgesetz liberalisiert, damit künftig auch im Umkreis wertvoller, landschaftsprägender Kulturdenkmale Windkraftwerke ohne Berücksichtigung von denkmal- und heimatpflegerischen Belangen errichtet werden dürfen.

Amoklauf zulasten von Mensch und Natur

Gegen diese Novelle läuft eine Popularklage um den Denkmalschutz besorgter Bürger – neben Bürgerentscheiden eines der wenigen noch verbliebenen Instrumente, um den Amoklauf zulasten von Mensch und Natur, zu dem sich die „Energiewende“ entwickelt hat, noch etwas entgegenzusetzen. Zumal auch der verwaltungsgerichtliche Instanzenweg verkürzt wurde, um Klageverfahren schneller abschließen zu können.

Erklärtes Ziel ist es, die letzten Hürden auszuräumen, die einem beschleunigten Ausbau der Windkraft und anderer sogenannter Erneuerbarer Energien in Deutschland bislang noch im Wege standen. Bis 2045 soll die trotz schleichender Deindustrialisierung immer noch viertgrößte Industrienation der Welt „klimaneutral“ sein. Dabei hat sich die Bundesregierung und vor allem ihr grüner Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck selbst absichtsvoll unter Druck gesetzt, indem wichtige atomare und fossile Kraftwerkskapazitäten geschleift wurden und werden. Die Absage an kostengünstiges russisches Erdgas, begründet mit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine, trägt ein Weiteres zur latenten Energieknappheit bei.

Mittlerweile laufen flächendeckend auf allen Ebenen der Verwaltung – Kommunen, Regionalverbände, Bundesländer – Planungen zum Bau insbesondere von tausenden neuer Windkraftwerke. Vor allem in Süd- und Südwestdeutschland sehen die Energiewendestrategen großen Nachholbedarf. Weil die meisten windhöffigen Flächen schon belegt sind, werden neue „Windparks“ mehr und mehr in „Schwachwindgebieten“ sowie in den letzten, noch wenig tangierten Höhenlagen der Mittelgebirge wie des Schwarzwaldes und des Bayerischen Waldes gebaut, wo die schädlichen Auswirkungen besonders groß sind. Sogar der frühere FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil kritisierte jüngst, dass es zu seiner Zeit noch nicht politische Zielvorstellung gewesen sei, „unsere Wälder in großem Stil“ für die Windkraft abzuholzen.

Derzeit drehen sich, so der Wind denn mal weht, hierzulande gut 30.000 Windkraftanlagen. Mindestens zehntausend sollen in naher Zukunft hinzukommen. Der Anteil der von diesen Anlagen direkt beanspruchten

Fläche soll von derzeit 0,5 Prozent auf mindestens zwei Prozent steigen, wobei schon diese zwei Prozent 100 Prozent Landschaftszerstörung bedeuten. Ob die angestrebten Ausbauziele in vollem Umfang erreicht werden, ist zweifelhaft. Trotzdem dürfte sicher sein: Wenn kein politisches Wunder geschieht, wird sich Deutschland spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts in eine unwirtliche, weitgehend lebensfeindliche „Energielandschaft“ verwandelt haben. Jedenfalls abseits urbaner Ballungsräume und (bislang noch) tabuisierter Nationalparks und Naturschutzgebiete.

Der Landschaftsschutz kommt unter die Räder

Die Auswirkungen von zehntausenden bis zu 250 Meter hoch aufragender „Windräder“ – die modernsten Anlagen erreichen mit rund 300 Metern Höhe fast Eifelturmniveau – sind schon heute enorm. Die gigantischen Industrieanlagen überdecken bereits weite Teile Nord-, Ost-, und Westdeutschlands und mehr und mehr auch die Ostsee und die Deutsche Bucht. Dabei geht es um die Bestände wertvoller Vogel- und Fledermausarten, aber auch den Schutz von Insekten, Meeressäugern, Wäldern, Böden, Wasserhaushalt, Mikroklimata und, nicht zuletzt, der menschlichen Gesundheit.

Ganz zu schweigen vom Erhalt der Kulturlandschaften, ein Schutzgut, das im Zuge der „Energiewende“ zuallererst unter die Räder kam. Mussten bei Eingriffen in Landschaftsschutzgebiete vor einigen Jahren noch aufwändige Abweichungs- und Zonierungsverfahren durchgeführt werden, haben die Planer heute „Carte blanche“. In Bezug auf den Bau von Anlagen zur Bereitstellung erneuerbarer Energie sind Landschaftsästhetik und Landschaftsschutz unterdessen praktisch inexistent und spielen, anders als in Frankreich, auch in Gerichtsverfahren so gut wie keine Rolle.

Für Vögel galt in seligen Zeiten des Natur- und Artenschutzes ein auf jedes einzelne Individuum bezogenes Tötungsverbot. Weil sich diese Regelung als bedeutendes Hindernis für Planung und Bau von Windindustriegebieten erwies, geht es heute nur noch um den Schutz von Populationen. Nur wenn ein geplantes Projekt etwa ein „Dichtezentrum“ des Roten Milans in seinem gesamten Bestand zu gefährden droht, gibt es überhaupt eine Handhabe für die Naturschutzbürokratie.

Gefährdete Vogelarten geschreddert

Doch diesen Nachweis zu führen ist schwierig und er scheitert oft schon daran, dass es an belastbaren Beobachtungsdaten mangelt. Oft müssen klagende Bürgerinitiativen oder Umweltverbände selbst ein kostspieliges Monitoring möglicher gefährdeter Arten veranlassen, wobei darauf spezialisierte ökologische Planungsbüros oft im Sold der Windindustrie stehen und indirekt dazu angehalten sind, besser keinen Schwarzstorch- oder Milanhorst oder ein Habitat von Waldschnepfe und Auerwild zu finden.

Nur wenige Schlaglichter zu den Gefahren, die der Vogelwelt drohen: Von März bis November 2015 führte die Schweizerische Vogelwarte Sempach im Auftrag des Bundesamtes für Energie im Schweizer Jura eine systematische Schlagopfersuche an drei (nur) 150 m hohen Windkraftwerken durch. Unter Berücksichtigung aller Faktoren, auch der Entdeckungswahrscheinlichkeit und der Rate jener Kadaver, die von Predatoren aufgefressen werden, ergab die Hochrechnung eine absolute Kollisionsrate von rund 21 Individuen pro Jahr und Windkraftanlage. Bei 40.000 oder mehr Windkraftwerken, die in Deutschland geplant sind, würde wohl rasch die Millionengrenze überschritten.

Zu den windkraftsensiblen Großvogelarten gehört auch nach Einschätzung des Bundesumweltministeriums der Rote Milan. Nach einer in der Zeitschrift *Vogelwelt* publizierten Studie war für flügge Rotmilane in Brandenburg in den vergangenen drei Jahrzehnten Windkraft mit 33 Prozent die häufigste Todesursache, gefolgt vom Straßenverkehr mit 17 Prozent. Bei der Zuordnung zu Altersgruppen sei der Anteil adulter Vögel mit rund achtzig Prozent unter den Windkraftopfern sehr hoch, betonen die Autoren.

Fledermäuse und Insekten schwer dezimiert

Auch für die in Deutschland vorkommenden etwa 25 Fledermausarten stellen Windkraftwerke eine signifikante Gefahr dar, nicht zuletzt deshalb, weil die an den Spitzen der sich mit bis zu halber Schallgeschwindigkeit drehenden Rotorblätter erzeugten Luftdruckschwankungen die empfindlichen Sinnesorgane der Tiere zerstören können. Studien zufolge verursacht jedes deutsche Windrad jährlich den Tod von rund zehn bis zwölf Fledermäusen, das wären derzeit etwa 400.000 Tiere jährlich, wobei die Zahlen je nach geographischer Lage und Anlagentypus variieren. Siebzig Prozent der getöteten Fledermäuse stammen von Populationen, die nicht in Deutschland, sondern in anderen Ländern heimisch sind.

Wegen seiner zentralen Lage durchqueren Fledermäuse Deutschland auf dem Weg von ihren nordosteuropäischen Sommerlebensräumen hin zu ihren süd- und westeuropäischen Winterlebensräumen und zurück. Deutschland habe die besondere Verantwortung, migrierende Arten zu schützen, so Christian Voigt, einer der Autoren der zitierten Studie. Die hohe Mortalitätsrate werde sich bestandsbedrohend auf die Fledermaus-Populationen in ihren europäischen Herkunftsgebieten auswirken.

Windkraftanlagen haben auch erhebliche Auswirkungen auf Fluginsekten, wie eine im Jahr 2017 veröffentlichte Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Institut für Atmosphärenphysik in Oberpfaffenhofen zeigt. Aufgrund von veränderten Wind- und Temperaturbedingungen werden Insekten von Windkraftanlagen angelockt und sterben in großer Anzahl – hochgerechnet an allen deutschen Windkraftanlagen während der warmen Jahreszeit (200 Tage von April bis Oktober) rund fünf bis sechs Milliarden Insekten pro Tag.

Gefahr auch für die Meeresfauna

Eine vielfach vernachlässigte Gefährdung geht von den negativen Einflüssen der Druck- und Schallwellen der Windkraftanlagen, der sogenannten Scheuchwirkung, auf einige Tierarten mit einem extrem empfindlichen Gehörsinn aus. Zu diesen akustisch besonders sensiblen und störungsempfindlichen Arten zählen alle Fledermäuse und Eulen, der Luchs und die Wildkatze sowie zahlreiche Vogelarten, darunter die in ihrem Bestand rückläufige und in der „Vorwarnliste“ aufgeführte Waldschnepfe.

Je mehr die Windkraftindustrie auch die meist küstennahen Meeresoberflächen zur Energiegewinnung heranzieht, wachsen die Gefahren für die Meeresfauna. Ziel einer am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Änderung des Gesetzes zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (WindSeeG) ist es, die installierte Leistung von Offshore-Windenergie bis 2045 auf mindestens 70 Gigawatt (heute rund 8,5 GW) zu steigern, wobei auch hier Artenschutzregelungen zugunsten beschleunigter Planungen ausgehebelt wurden.

Die flächendeckende Industrialisierung der Meere könnte nach Einschätzung von Meeresökologen zur Folge haben, dass die einzigen heimischen Meeressäuger, die in der Nordsee lebenden Schweinswale, aus ihrem angestammten Lebensraum verdrängt werden. Vor allem die beim Bau der Offshore-Wind-„parks“ notwendigen Rammarbeiten mit hohen unterseeischen Schallpegeln bewirken einen signifikanten Vertreibungseffekt auf die akustisch hoch sensiblen Tiere. „Sollten immer mehr Offshore-Windparks entstehen, wird das enorme Auswirkung auf die Schweinswal-Populationen in der Nord- und Ostsee haben“, heißt es in einer Stellungnahme der Gesellschaft zur Rettung der Delphine.

Infraschall macht Menschen zu schaffen

Bleibe ein wichtiges Thema, das den Menschen ganz direkt betrifft, genauer gesagt jene Menschen, die in der Nähe von Windkraftwerken leben müssen: der Infraschall. Mit zunehmender Flächendichte dieser Anlagen wird die Zahl der unmittelbar Betroffenen, die über heftige Gesundheitsbeschwerden wie Schlaflosigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Depressionen bis hin zu Tinnitus, Hör- und Sehstörungen und Herzrhythmusstörungen klagen, sprunghaft zunehmen, zumal in wohl keinem anderen Land Europas so laxe Abstandsregelungen gelten wie in Deutschland – die Schutzabstände reichen von wenigen hundert Metern bis zu maximal einem Kilometer.

Die in Bayern lange Zeit gültige, vorbildhafte 10H-Abstandregelung wurde mittlerweile leider verwässert und durch konkurrierende Gesetzgebung des Bundes marginalisiert. Sie sah vor, dass der Abstand zwischen einer Windenergieanlage und der nächstliegenden Wohnbebauung dem Zehnfachen der Anlagenhöhe entsprechen muss. Bei einem 250 Meter hohen Windrad wären das bis zu drei Kilometer.

Immer noch zu wenig, wie nicht wenige Wissenschaftler meinen. Denn die Reichweite des von Windkraftanlagen emittierten, luftgetragenen Infraschalls kann nach Messungen der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe mehr als zehn Kilometer betragen. Mittlerweile kann als wissenschaftlich gesichert gelten, dass Infraschall weit unter der Hörschwelle Wirkungen auslöst, die von den menschlichen Sinnesorganen als Stressoren bewertet werden.

Dabei ist der kritische Parameter offenbar nicht der mittlere oder maximale Schalldruck, sondern das Auftreten steiler Änderungen, sogenannter *peaks*, schreibt Werner Roos, emeritierter Professor für pharmazeutische Biologie in einer Übersicht. Deren Häufigkeit sowie das Ausmaß der Druckschwankungen wird durch die Größe der Anlage und die Drehzahl bestimmt. Bei der Wahrnehmung spielen dann auch geografische und meteorologische Bedingungen eine Rolle sowie die jeweilige Disposition der Betroffenen, wobei offenbar nicht jeder Mensch ähnlich infraschallsensibel ist.

Es wird weiter auf die Tube gedrückt, ohne Rücksicht auf Verluste

Vonseiten der Windkraftlobby und der sie unterstützenden Politik werden die Auswirkungen von gepulstem Infraschall systematisch heruntergespielt. Beim „Windturbinen-Syndrom“ handele es sich um eine eingebildete Krankheit, die aus einer negativen Einstellung gegenüber der Windenergie herrühre. Doch selbst wenn es auch solche psychischen Effekte geben sollte, resultieren daraus wirkliche Leiden, derer sich die Verantwortlichen annehmen müssen.

Auf jeden Fall wäre ein Moratorium zum Bau neuer Anlagen notwendig, bis weitere, belastbare epidemiologische Studien zu den Auswirkungen des von Windkraftwerken emittierten Infraschalls vorliegen. In Frankreich wurde jüngst per höchststrichterlicher Anordnung die Neuzulassung von Windrädern an Land gestoppt, bis die Probleme mit dem Infraschall geklärt sind.

Wohl undenkbar in Deutschland. Stattdessen wird weiter auf die Tube gedrückt, koste es, was es wolle. Mit einem neuen Gesetz zur Umsetzung einer EU-Richtlinie soll es bald möglich sein, „Beschleunigungsgebiete“ für Windkraft und PV auszuweisen, in denen unter anderem Umweltverträglichkeitsprüfungen und artenschutzrechtliche Prüfungen nicht mehr notwendig sein sollen. Mittlerweile ist der gesetzgeberische Wust selbst für Experten kaum noch zu durchschauen. Für die unterbesetzten Genehmigungsbehörden in den Landratsämtern ohnehin nicht, die längst fast jede Planung durchwinken. Wahnsinn? Ja, aber mit Methode!

Ich danke Dr. Wolfgang Eppe www.wolfgangepplenaturschutzundethik.de für die fachliche Beratung.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT [hier](#)